

29. Parteitag der CDU Deutschlands
6. – 7. Dezember 2016, Essen

**Bericht der Vorsitzenden der CDU Deutschlands,
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB**

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Vorsitzende der CDU: Herr Präsident! Liebe Freundinnen und Freunde! Meine Damen und Herren! Als wir uns vor einem Jahr in Karlsruhe getroffen haben, habe ich zu Beginn meiner Rede auf ein unglaubliches Jahr 2015 zurückgeblickt, auf ein Jahr mit Ereignissen, bei denen jedes für sich selbst schon schwer genug gewogen hatte: die Terroranschläge in Frankreich, der Verhandlungsmarathon in Minsk zur Zukunft der Ukraine, das dritte Griechenlandprogramm und dann die vielen, vielen Menschen, die in Europa, und ganz besonders in Deutschland, Zuflucht gesucht und gefunden hatten, Zuflucht vor Kriegen, Verfolgung und Perspektivlosigkeit in Syrien und Irak, aber auch in Afghanistan oder Afrika. Nicht alle der insgesamt rund 890 000 Menschen, die letztes Jahr gekommen sind, können und werden bleiben. Aber jeder Einzelne wurde und wird als Mensch und nicht als anonymes Teil einer Masse bei uns aufgenommen; jedes einzelne Anliegen wird geprüft. Liebe Freunde, wir haben es auf unserem Parteitag in Karlsruhe vor einem Jahr beraten und seither wieder und wieder gesagt: Eine Situation wie die des Spätsommers 2015 kann, soll und darf sich nicht wiederholen.

(Beifall)

Das war und ist unser und mein erklärtes politisches Ziel. Genau dafür arbeiten wir seit vielen, vielen Monaten zum Wohle aller hier in Deutschland und Europa – wie auch zum Wohle der Flüchtlinge, damit sie nicht weiter skrupellosen Schleppern zum Opfer fallen. Diesen Verbrechern muss das Handwerk gelegt werden. Dafür ist und bleibt die EU-Türkei-Vereinbarung entscheidend. Sie rettet Leben jeden Tag. Nach ihrem Vorbild arbeiten wir derzeit an weiteren Migrationspartnerschaften, insbesondere mit afrikanischen Staaten. Auch hier ist das Ziel: Illegale Migration stoppen. Menschenleben retten. Fluchtursachen bekämpfen. Menschen vor Ort Zukunftsperspektiven ermöglichen. Denn niemand verlässt leichtfertig seine Heimat.

(Beifall)

Liebe Freunde, dass die Situation des Sommers 2015, diese besondere humanitäre Notlage, dennoch so bewältigt werden konnte, wie sie bewältigt wurde, dass sie geordnet und gesteuert werden konnte, das wird für immer mit dem Jahr 2015 als herausragende Leistung unseres so starken Landes verbunden sein,

(Beifall)

vor allem mit der Leistung der Verantwortlichen vor Ort in den Ländern und Kommunen, aber ganz besonders auch mit dem Einsatz der vielen ehrenamtlichen Helfer. Deshalb ein ganz herzlicher Dank an alle, die sich haupt- und ehrenamtlich eingebracht haben.

(Beifall)

Sie alle, die sich eingebracht haben, zeigen Deutschland von seiner allerbesten Seite – in einer mit in einem einzigen Jahr 890 000 neu hinzugekommenen Menschen wahrlich überaus anspruchsvollen und anstrengenden Zeit. Nebenbei: Die Zahl ist sehr viel dichter an der Prognose, die unser Innenminister am 19. August 2015 abgegeben hat – da hat er von 800 000 Flüchtlingen gesprochen –, als an der Zahl, die wir lange gehört haben, nämlich der von 1,1 Millionen. In diesem Zusammenhang ein ganz herzliches Dankeschön, lieber Thomas de Maizière, für deine so unermüdliche und herausragende Arbeit in allen Fragen unserer Sicherheit, für Ordnung und Recht.

(Beifall)

Schon 2015 war also ein Jahr mit einer schier unfassbaren Dichte von Ereignissen. Wer aber gedacht hatte, das könne nicht mehr gesteigert werden, sah sich dieses Jahr getäuscht. 2016 führte nicht zu mehr Beruhigung und mehr Stabilität, sondern, im Gegenteil, verstärkte sogar noch viele Entwicklungen des Vorjahres. Gut ein Vierteljahrhundert nach dem Ende des Kalten Krieges und der Auflösung der beiden Blöcke haben viele Menschen das Empfinden, dass die Welt aus den Fugen geraten ist. Die Welt ist unübersichtlich geworden. Es gibt viele sich neu ausbalancierende Kraftzentren. Wir haben es mit einer Weltlage zu tun – das gilt nach den amerikanischen Wahlen noch immer ganz besonders –, in der sich die Welt erst einmal sortieren muss, gerade mit Blick auf so wichtige Dinge wie die NATO und das Verhältnis zu Russland. Da bietet sich die Frage an: Was wäre jetzt eigentlich zu tun? Eigentlich müsste der Kampf gegen die asymmetrische Bedrohung des islamistischen Terrors gemeinsam von allen geführt werden. Zu groß ist diese Bedrohung, diese Geißel für die Menschheit.

(Beifall)

Stattdessen aber geht Syrien in einem grausamen Bürgerkrieg unter, bei dem Russland und der Iran das Assad-Regime bei seinem brutalen Vorgehen gegen die eigenen Bürger unterstützt. Aleppo steht dafür wie kein zweiter Name. Es ist eine Schande, meine Damen und Herren, liebe Freunde, dass es uns bis jetzt nicht gelungen ist, dort Hilfskorridore hinzubekommen. Dafür müssen wir weiter kämpfen.

(Beifall)

Ehrlich gesagt: Wenn ein Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika Hunderttausende in Deutschland auf die Straße bringt, aber die so grausamen Bombardierungen auf Aleppo so gut wie keinen öffentlichen Protest auslösen, dann stimmt irgendetwas mit den politischen Maßstäben nicht mehr.

(Anhaltender Beifall)

Da ich von Handelsabkommen spreche: Es ist doch so, dass in einer globalen Wirtschaft auch multilaterale und bilaterale Abkommen wie CETA und TTIP gebraucht werden, und zwar dringender denn je. Sie sollen ja neben Zolllenkungen auch Standards schützen und vereinbar machen. Sie entsprechen doch eigentlich genau dem, was wir aus unserer Sozialen Marktwirtschaft kennen: Leitplanken für einen fairen Wettbewerb zum Wohle der Menschen, fairer Wettbewerb auch in einer globalen Wirtschaft. Es gehört für mich zu dem Unverständlichsten, dass die, die die einfachen Zollabkommen im Freihandel immer kritisiert und gesagt haben, sie kümmern sich nicht um soziale Standards, sie kümmern sich nicht um Verbraucherschutz, sie kümmern sich nicht um Nachhaltigkeit, genau die sind, die heute gegen Abkommen protestieren, die all das beinhalten. Das verstehe wer will; die Christlich Demokratische Union versteht das nicht.

(Beifall)

Wir wollen solche Abkommen. Nur so kann die globale Arbeitswelt schrittweise fair und menschlich gestaltet werden. Nur so können wir im weltweiten Wettbewerb unsere Werte und unsere Interessen behaupten.

Unter der Führung der Vereinten Nationen müssten heute eigentlich alle Fragen von Krieg, Verfolgung und Flucht behandelt werden. 65 Millionen Menschen weltweit sind auf der Flucht, so viele wie nie zuvor. Es müsste gerade mit Blick auf Afrika an Methoden der Entwicklungshilfe gearbeitet werden, die den Namen „Hilfe zur Entwicklung“ auch wirklich verdienen.

(Beifall)

Stattdessen gibt es nur eine äußerst mangelhafte Akzeptanz dafür, dass dies uns alle auf der Welt etwas angeht. Wir werden während unserer G20-Präsidentschaft versuchen, wenigstens den Sinn dafür zu schärfen; aber einfach wird auch das nicht.

Eigentlich müsste nach der verheerenden weltweiten Finanzkrise 2008/2009 auch das Bemühen um bessere Regulierung, um effektive Leitplanken für Finanzmärkte viel konsequenter sein, als es ist. Das Ziel ist doch unverändert: Jeder Finanzplatz, jeder Finanzakteur, jedes Finanzprodukt muss einer Regulierung unterworfen werden. Egal ob Banken oder Schattenbanken, alle müssen von diesen Leitplanken erfasst werden.

(Beifall)

Die Menschen erwarten zu Recht, dass ein für alle Mal klar wird, dass auch international agierende Konzerne Steuern zahlen müssen. Das gehört zur Gerechtigkeit des Wirtschaftens.

(Beifall)

Stattdessen aber herrscht Unsicherheit, ob die Bankenregulierung vielleicht wieder aufgeweicht werden soll, Unsicherheit über die Risiken der weltweiten Geldpolitik, und es gibt ein Versteckspiel, wenn es um Steuergerechtigkeit geht. Es herrscht Unsicherheit, ob die Welt ihre Lektion wirklich gelernt oder alles wieder vergessen hat. Es wird immer noch nicht verstanden, dass Menschen, die ehrlich und jedes Jahr ihre Steuern zahlen, sich vom politischen System abwenden, wenn die großen Firmen ihren Pflichten nicht nachkommen und sich stattdessen vielleicht noch ein weltweiter ruinöser internationaler Wettbewerb um die niedrigsten Steuern ankündigt. Das hat mit Sozialer Marktwirtschaft nichts zu tun,

liebe Freunde.

(Beifall)

Von daher ist es ein großes Glück, dass wir Wolfgang Schäuble als Finanzminister haben, der unermüdlich bei G7 und G20 für Transparenz kämpft, dafür, dass Lehren aus dieser Krise gezogen werden. Und wo mag er heute sein? In Brüssel bei den Finanzministern, um für das zu kämpfen, worüber wir gerade sprechen. Ein herzlicher Gruß also an dich, lieber Wolfgang Schäuble, und herzlichen Dank!

(Beifall)

Nebenbei, liebe Freunde, sagt es ja durchaus etwas über unser Land aus – interessanterweise nicht nur Gutes –, dass die Tatsache, dass wir das dritte Jahr in Folge einen Bundeshaushalt ohne neue Schulden verabschiedet haben – das ist toll – gerade einmal als Randnotiz wichtig ist, sozusagen „Haken dahinter und weiter“. Nein, nein, nicht einfach „Haken dahinter“! Die Tatsache, dass wir einen ausgeglichenen Haushalt haben, ist nicht selbstverständlich. Das ist eine grandiose Leistung. Das ist Generationenpolitik pur und Nachhaltigkeit pur, und das ist immer mit dem Namen von Wolfgang Schäuble verbunden, meine Damen und Herren, liebe Freunde.

Die Menschen erwarten zu Recht, dass der Staat mit dem auskommt, was er einnimmt. Sie erwarten zu Recht, dass wir nicht weiter auf Kosten unserer Kinder und Enkel Schulden über Schulden machen. Sie erwarten zu Recht, dass der Staat in die Zukunft investiert. Deshalb setzen wir auch in Zukunft auf solide Finanzen. Wir haben in unserem Leitantrag festgelegt – das gilt für die nächsten Jahre –, dass wir die finanziellen Spielräume, die wir unter anderem durch Steuermehreinnahmen erhalten, zu einem Drittel für Investitionen in Infrastruktur und Zukunftsfähigkeit nutzen, zu einem zweiten Drittel für Steuerentlastungen und zu einem weiteren Drittel für die Finanzierung notwendiger Ausgabensteigerungen und zur Tilgung von Schulden. Das ist Politik für die Menschen, die hart arbeiten, die sich um ihre Familien kümmern, die Steuern zahlen, die sich für unser Land und ihre Mitmenschen einsetzen. Diese Politik werden wir ganz konsequent weiterverfolgen. Das ist unser Markenzeichen.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir machen in Deutschland unsere Hausaufgaben. Aber das reicht nicht. In Zeiten wie diesen wäre es eigentlich dringend notwendig, unsere ganze Kraft darauf zu lenken, die Wettbewerbsfähigkeit in Europa zu stärken, gerade auch nach dem jetzt gescheiterten Referendum in Italien, und zwar in unserem ureigensten deutschen genauso wie im europäischen Interesse. Aber stattdessen droht der Binnenmarkt durch Verhandlungen zum Brexit geschwächt zu werden, und es gibt großen Druck auf die vier Grundfreiheiten in Europa. Ich bin sehr dankbar, dass Joseph Daul das genauso sieht: Wir werden eine Rosinenpickerei nicht zulassen. Die vier Grundfreiheiten müssen gewahrt werden: die Freiheit des Personenverkehrs, des Warenverkehrs, des Dienstleistungsverkehrs und der Finanzmarktprodukte. Nur dann kann es Zugang zum Binnenmarkt geben. Das muss die Maxime für die Verhandlungen mit Großbritannien sein.

(Beifall)

Eigentlich dürfte auch keine Zeit mehr ungenutzt verstreichen, um die europäische Sicherheitsarchitektur innerhalb des transatlantischen Bündnisses der NATO zu stärken. Stattdessen gibt es Unsicherheiten über das transatlantische Verhältnis insbesondere bei der NATO. Stattdessen gibt es in Europa endlose Diskussionen, ob eine verstärkte europäische Zusammenarbeit die NATO nun stärkt oder schwächt. Ich möchte mich ganz herzlich bei unserer Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen bedanken. Danke, dass du die europäischen Verträge beim Wort nimmst, dass du das zusammen mit deinem französischen Kollegen vorantreibst und dass wir endlich zu einer stärkeren europäischen Sicherheitsarchitektur kommen. Das ist notwendig und wird die NATO stärken und nicht schwächen; davon bin ich überzeugt.

(Beifall)

Liebe Freunde, wir müssten in Europa eigentlich auch bei den Herausforderungen der Migration, bei der Reform des Dublin-Vertrages, schon viel weiter sein, als wir es sind. Wir sind zwar beim Schutz der Außengrenze und beim Prozess des Ordnen und Steuerns der Zuwanderung vorangekommen – die Zahl der in Europa ankommenden Flüchtlinge ist reduziert worden –; doch die Bereitschaft aller Mitgliedstaaten zur Solidarität bei der Vertei-

lung lässt nach wie vor mehr als zu wünschen übrig. Das berührt ein Grundprinzip der Solidarität in der Europäischen Union, und deshalb werden wir weiter daran arbeiten, auch wenn es lange dauert.

(Beifall)

Liebe Freunde, dies ist nur ein kleiner Ausschnitt dessen, was gemeint ist, wenn so viele Menschen fühlen, dass die Welt aus den Fugen geraten ist. Sie haben ja recht: 2016 hat die Welt nicht stärker und stabiler gemacht, sondern eher schwächer und instabiler. In Zeiten wie diesen gehört schon eine Portion Unverbesserlichkeit dazu, unverändert zu sagen, dass wir – vorneweg Europa – aus diesen Krisen stärker hervorgehen werden, als wir in sie hineingegangen sind. Ich habe dies wieder und wieder gesagt und bin davon auch überzeugt. Ich weiß aber auch: Die Ereignisse des vergangenen Jahres und auch dieses Jahres zeigen uns überdeutlich, wie steinig der Weg dahin ist. Lassen Sie es mich deshalb zuspitzen: Wir müssen in dieser Lage, in der die Welt aus den Fugen geraten ist, zunächst alles daran setzen, dass Europa nicht noch schwächer aus den Krisen hervorgehen wird, als es in sie hineingegangen ist. Das muss ein wichtiges Zwischenziel sein. Das ist keine abstrakte Diskussion, sondern es liegt in unserem ureigensten Interesse, das zu tun; denn Deutschland geht es auf Dauer nur dann gut, wenn es auch Europa gut geht.

(Beifall)

Das Zwischenziel, dass Europa nicht schwächer aus dieser Phase unserer Geschichte hervorgehen soll, als es in sie gegangen ist, mutet bescheiden an. Aber lassen wir uns nicht täuschen: Das ist es nicht; denn Europa ist und bleibt, wie Helmut Kohl es wieder und wieder gesagt hat, eine Frage von Krieg und Frieden. Dieses Jahr haben wir 71 Jahre Frieden seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Im März nächsten Jahres werden wir 60 Jahre Römische Verträge feiern können. Das ist inzwischen fast ein Menschenleben; in der Geschichte aber ist es nur ein Wimpernschlag. Die Lage zwingt uns mehr denn je, erst einmal das zu schützen und zu bewahren, was uns in Deutschland und Europa mit unseren transatlantischen Partnern stark gemacht hat und auch weiter stark machen wird. Wir dürfen nie vergessen – oder es für selbstverständlich nehmen – zu schützen und zu bewahren, was uns lieb und teuer ist. Das tun wir mit unseren Werten; sie sind unsere Zukunft – so wie wir es als Parteitagmotto auf unserer Rückwand lesen können.

In Zeiten wie diesen kommt es mehr denn je auf uns an. Wir sind die Volkspartei der Mitte in Deutschland, die Christlich Demokratische Union. In Zeiten wie diesen müssen wir uns einmal mehr darauf besinnen, woher wir kommen, wer wir sind und was uns trägt. Der Gründungsimpuls unserer Partei findet im C seine Grundlage, in der von Gott gegebenen Würde jedes einzelnen Menschen, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung, politischer Einstellung, auch unabhängig davon, ob dieser einzelne Mensch ein Mensch mit oder ohne Behinderung ist. Immer geht es um die einzigartige Würde jedes einzelnen Menschen vom Anfang des Lebens bis zu seinem Ende. Mit diesem Gründungsimpuls haben wir vor über 70 Jahren eine Volkspartei ganz neuer Art geschaffen. Sie kannte keine Klassen, Schichten und Konfessionsgrenzen. Das war und ist das Großartige an der christdemokratischen Idee. Mit diesem Gründungsimpuls können wir auch in Zukunft Trennendes überwinden und immer wieder Brücken bauen. CDU und CSU sind die einzigen Volksparteien der Mitte in Deutschland. Das waren CDU und CSU vom ersten Tag an, und das werden wir immer bleiben.

(Beifall)

Mit diesem Gründungsimpuls haben wir in der Vergangenheit Größtes geleistet, und mit diesem Gründungsimpuls wollen wir auch heute, in dieser Situation der Welt, die richtigen Antworten auf die großen Zukunftsfragen geben.

Wir wissen: Es gibt kein Zurück in die Welt vor der Globalisierung. Aber was bedeutet das genau? Was heißt es für uns, wenn weltweit Menschen nach Wohlstand streben? Wie stellen wir uns auf den weltweiten Wettbewerb um die innovativsten und besten Produkte ein? Wie verändert die Digitalisierung unsere Wirtschafts-, Lebens- und Arbeitsweise? Vor welchen Herausforderungen steht unsere Gesellschaft, wenn es um den Zusammenhalt geht? Was bedeutet es, wenn eine größere Zahl älterer Menschen mit einer kleineren Zahl junger Menschen zusammenlebt? Wie steht es um die Sicherheit in unserem Land, um das Spannungsverhältnis von Sicherheit und Freiheit, das immer wieder aufs Neue ins Gleichgewicht gebracht werden muss? – Das sind nur wenige der Zukunftsfragen, auf die wir Zukunftsantworten geben müssen, und zwar nicht irgendwann, sondern mit unserem Wahlprogramm bis Mitte nächsten Jahres. Dabei wird unser Handeln auch in Zukunft von den drei Konstanten geleitet, die unser Handeln immer schon ausgemacht haben: Wir set-

zen alles daran, dass unsere Wirtschaft stark und wettbewerbsfähig ist, damit moderne und sichere Arbeitsplätze bei uns entstehen. Unsere wirtschaftliche Stärke ist die Voraussetzung dafür, dass wir einen sozialen Ausgleich finden, und das genau ist der Kern der Sozialen Marktwirtschaft.

(Beifall)

Auf einem solchen Parteitag muss auch Zeit sein zu sagen: Die Bilanz, die wir vorweisen können, ist eindrucksvoll. Seit Amtsantritt der CDU-geführten Bundesregierung vor elf Jahren haben wir die Zahl der Arbeitslosen halbiert: von 5 Millionen Arbeitslose auf 2,5 Millionen Arbeitslose.

(Beifall)

Allein in den letzten fünf Jahren sind 2,7 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze entstanden, interessanterweise zu je einem Drittel Arbeitsplätze für Frauen, die verstärkt ins Berufsleben gehen, Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die länger arbeiten können, und rund 900 000 Arbeitsplätze für EU-Ausländer, die in ihrer Heimat keine Arbeit gefunden haben und denen Deutschland einen Arbeitsplatz geben konnte. Auch das ist ein Teil europäischer Integration und Solidarität, liebe Freunde! Gleichzeitig sind so viele Menschen wie nie erwerbstätig, insgesamt 43 Millionen. Es bleibt dabei: Sozial ist, was Arbeit schafft. Unsere Wirtschaft wächst solide. Vor elf Jahren galten wir noch als der kranke Mann Europas. Heute – das darf man sagen – sind wir Stabilitätsanker. Das alles zeigt ja nur, dass eine kluge Politik etwas verändern kann. Deshalb ist es so wichtig, dies auch weiterhin zu sagen.

(Beifall)

Liebe Freunde, diese Bilanz ist eindrucksvoll. Die Erfolge sind nicht vom Himmel gefallen. Sie sind das Ergebnis harter Arbeit der Menschen in unserem Land, im Übrigen auch über Jahre der Bereitschaft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, auf Reallohnzuwächse zu verzichten. Wir dürfen es einmal sagen: Diese Erfolge sind auch das Ergebnis von Politik. Darauf dürfen wir, die wir Politik machen, ein wenig stolz sein.

(Beifall)

Wir wissen aber: Ausruhen dürfen wir uns darauf nicht, gerade jetzt nicht. Es geht in der jetzigen Zeit nicht nur um das, was immer schon unseren Erfolg ausgemacht hat und was weiter gilt, nämlich diejenigen zu stärken, die Arbeitsplätze schaffen, die etwas unternehmen, die Unternehmer und ganz besonders den Mittelstand und die Familienunternehmen, denen ich ein herzliches Dankeschön sage.

(Beifall)

Es geht auch um eine verlässliche Steuerpolitik. Wir schließen auch in der nächsten Legislaturperiode – so haben wir es gestern diskutiert – Steuererhöhungen grundsätzlich aus. Ich möchte ganz besonders betonen: Das gilt auch mit Blick auf die Einführung einer Vermögensteuer. Mit uns wird es ebenfalls keine Erhöhung der Erbschaftsteuer geben. Das ist eine klare Ansage für verlässliche Rahmenbedingungen, liebe Freunde.

(Beifall)

Es geht um den weiteren Abbau von Bürokratie, und es geht um die weitere Förderung von Forschung und Entwicklung. Wir haben in den letzten elf Jahren, liebe Johanna Wanka, den Forschungsetat mehr als verdoppelt. Wir sind nahe an dem Drei-Prozent-Ziel, nämlich drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung auszugeben. Wir wissen, dass wir damit nicht an der Spitze der Welt sind. Es gibt Länder, die mehr ausgeben. Aber ich möchte Johanna Wanka ein herzliches Dankeschön sagen für ihre Arbeit, die für Innovation und Fortschritt in Deutschland steht.

(Beifall)

Liebe Freunde, das alles wäre schon genug Arbeit. Aber es geht um etwas, was noch sehr viel weiter reicht. Es geht um etwas, was einer Revolution unseres Wirtschaftens, Arbeitens und unseres ganzen Lebens gleicht, um den Umgang mit der Digitalisierung. Heute und in den nächsten Jahren wird sich entscheiden, ob das, was in den letzten Jahrzehnten unseren Wohlstand ausgemacht hat, weiter seine Heimat in Deutschland und Europa haben wird. Unaufhaltsam, manchmal gar nicht genau zu fassen, verändert die Tatsache, dass von allem, was wir tun, von allem, was wir produzieren und kommunizieren, die Daten er-

fasst, miteinander verknüpft und zu neuen Angeboten verarbeitet werden, zu Angeboten und Möglichkeiten, die auf jeden einzelnen Menschen ausgerichtet sind und für das Leben jedes einzelnen Menschen eine Rolle spielen. Darin liegt einerseits die Chance einer sehr viel individuelleren Lebensgestaltung; andererseits aber liegen darin auch die Risiken, dass die Kenntnisse über unsere Persönlichkeit missbraucht werden. Die Digitalisierung ist der dominante Treiber der Globalisierung, und die Nutzung der Möglichkeiten der Digitalisierung zum Wohle des Menschen wird über unseren Wohlstand entscheiden. Das ist deshalb so spannend und so interessant, weil die nationalen Regulierungsmöglichkeiten stark eingeschränkt sind. Deshalb muss die CDU die Partei sein, die die richtigen Antworten gibt, damit Ludwig Erhards Wohlstandsversprechen – Wohlstand für alle – auch in Zeiten der Digitalisierung wahr sein kann.

(Beifall)

Die CDU muss die Partei sein, die die Teilhabe an den Möglichkeiten der Digitalisierung erst einmal schafft, nämlich durch Zugang zum Internet, den Ausbau der Breitbandversorgung in Stadt und Land. Das wird zur Daseinsvorsorge gehören genauso wie ein Wasseranschluss und ein Anschluss an elektrischen Strom, liebe Freunde. Das muss uns leiten.

(Beifall)

Die CDU muss die Partei sein, die eine gute Balance von Datennutzung und persönlichem Datenschutz findet, die die richtige Förderung von Start-ups durch entsprechende Rahmenbedingungen vornimmt, die es ermöglicht, dass wir eine schnelle Standardisierung der Digitalisierung der Unternehmen haben, bekannt unter dem Stichwort „Industrie 4.0“, die endlich – da sind wir Entwicklungsland auf der Welt – es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, ihre Handlungen mit dem Staat auch auf der Ebene der Digitalisierung durch Bürgerportale durchzuführen, und zwar nicht im Kampf von Kommune gegen Land und Bund, sondern gemeinsam. Der Bürger unterscheidet nicht, ob er gerade diese oder jene Zuständigkeit vor sich hat. Das muss eine ganz große Aufgabe für die nächste Zeit sein.

(Beifall)

Es braucht gute Rahmenbedingungen – das ist eine Aufgabe auch für Europa –, wenn es

um das Management von Riesen-Datenmengen geht, um Big Data. Die Idee, dass man sparsam mit Daten umgeht, gehört ins vergangene Jahrhundert. Wer sich nicht daran beteiligt, die Vielzahl der Daten zum Wohle des Menschen zu nutzen, sei es in der Medizin, sei es in der Zukunft der Mobilität, sei es in Angeboten der Plattform Wirtschaft, der wird zurückfallen und nicht Arbeitsplätze der Zukunft haben. Deshalb müssen wir vorne mit dabei sein.

(Beifall)

Liebe Freunde, das wird eine schwierige Aufgabe für uns. Wir müssen die Arbeitsbedingungen und das Arbeitsrecht darauf ausrichten mit all den Chancen, die es hat, flexibler arbeiten zu können, mit all den Möglichkeiten, die es gibt, zu Hause und im Unternehmen arbeiten zu können, aber auch mit all den Sorgen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben, dass sie 24 Stunden und das sieben Tage die Woche erreichbar sein müssen. Hier eine neue Kodifizierung des Arbeitsrechts hinzubekommen, wird eine der ganz großen Aufgaben nicht der nächsten zehn Jahre, sondern ziemlich bald sein. Die Menschen spüren ja die Veränderung. Die einen nutzen die neuen Möglichkeiten und fühlen sich freier denn je zuvor. Die anderen sorgen sich um ihren Arbeitsplatz, ihre Möglichkeiten, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und fürchten sich vor dem Tempo, in dem die Veränderungen vorangehen.

Einige machen den liberalen Rechtsstaat für all das verantwortlich und bekämpfen deswegen seine Werte. Doch, liebe Freunde, der liberale Rechtsstaat ist nicht schuld. Aber die Politik muss etwas anderes leisten. Sie muss den Menschen zeigen, dass auch in dieser digitalen Welt das Versprechen der Sozialen Marktwirtschaft eingelöst werden kann, dass sich – ganz einfach gesagt – heute und in Zukunft Leistung weiter lohnt. Dieses Versprechen müssen wir einlösen.

(Beifall)

Wir müssen das Versprechen einlösen, dass die Soziale Marktwirtschaft den Menschen die notwendige soziale Sicherheit gibt. Wir müssen ein neues Wettbewerbsrecht entwickeln, um nicht von Monopolen beherrscht zu werden. Wir brauchen neue Antworten auf die Steuergerechtigkeit und faire Arbeitsbedingungen. Diese Antworten müssen wir bereits

im Wahlprogramm für die nächste Bundestagswahl geben. Liebe Freunde, die Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft ist und bleibt die erste Konstante unseres Handelns, wenn wir die großen Zukunftsfragen in den Blick nehmen wollen.

Eng damit verbunden ist die zweite Konstante unseres Handelns, die uns immer geleitet hat. Wir setzen alles daran, dass unser Land auch in Zukunft ein Land ist, das für Freiheit in Verantwortung, für Toleranz und Weltoffenheit, für Fairness und Zusammenhalt steht. Das beginnt beim Zusammenhalt von Älteren und Jüngeren. Da ist natürlich die Alterssicherung ein zentraler Baustein. Sie muss so organisiert sein – das sagt sich leicht und macht sich schwer –, dass niemand über Gebühr belastet wird. Ältere müssen nach einem langen Arbeitsleben abgesichert sein. Die Solidarität der Jüngeren darf nicht überfordert werden. Die gesetzliche Rentenversicherung wird auch in Zukunft eine tragende Säule sein. Aber wir brauchen immer zwei Haltelinien: auf der einen Seite die der Altersversorgung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und auf der anderen Seite die der Beiträge, die durch zu hohe Lohnnebenkosten nicht die Arbeitsplätze wieder zerstören, die wir dringend brauchen. Deshalb wird die Aufgabe sein, die gesetzliche Rentenversicherung vernünftig weiterzuentwickeln und das Thema Lebensarbeitszeit angesichts der Lebenserwartung nicht auszuklammern.

(Vereinzelt Beifall)

1960 hat man im Durchschnitt neun Jahre Rente bekommen. Heute bekommt man im Durchschnitt 19 Jahre Rente. Das kann nicht ohne Auswirkung auf die Rentenversicherung und die Lebensarbeitszeit sein, liebe Freunde.

(Beifall)

Wir müssen die private und die betriebliche Altersversorgung weiter stärken.

Zusammenhalt, das hat viel mit dem zu tun, was Menschen brauchen, wenn sie älter und pflegebedürftig sind. Wir haben in dieser Legislaturperiode Entscheidendes in diesem Bereich geleistet. Wir haben in dieser Legislaturperiode 20 Prozent mehr Geld in die Hand genommen, um Demenzkranken zu helfen, um denen zu helfen, die zu Hause pflegen – zumeist Frauen –, und denen zu helfen, die die Arbeit in den Pflegeheimen machen. Fast

jede Familie ist von dem Thema Pflege in irgendeiner Weise berührt. Deshalb ist es so wichtig, dass wir hier klare, bessere Rahmenbedingungen setzen. Dafür möchte ich Hermann Gröhe ein ganz herzliches Dankeschön sagen. Er hat das wunderbar umgesetzt.

(Beifall)

In diesen Dank möchte ich Karl-Josef Laumann einbeziehen, der sich ganz speziell um das Thema Pflege gekümmert hat. Herzlichen Dank, Karl-Josef!

(Beifall)

Liebe Freunde, das Thema Familie. In Familien werden Werte gelebt, die man durch kein Gesetz, durch keine staatliche Maßnahme erzwingen und einfordern kann. Lebenslange Verantwortung von Eltern für Kinder, von Kindern für Eltern – ich schließe gern die Großeltern mit ein –, das ist etwas, was behütet und geschützt werden muss. An einem solchen Tag wie heute heißt es, auch einmal Danke zu sagen den vielen Eltern, die sich jeden Tag um ihre Kinder kümmern, die keine Erwartung haben, dass sie dafür zusätzlich belohnt werden vom Staat, sondern die das ganz einfach machen und dabei Freude empfinden und gleichzeitig etwas für unsere Gemeinschaft tun. Ein herzliches Dankeschön!

(Beifall)

Auch hier darf es bei einem Dankeschön nicht bleiben. Wir haben mit dem Elterngeld, dem Elterngeld Plus, dem Ausbau der Kitas, der Erhöhung der Freibeträge beim Kindergeld und der Familienpflegezeit vieles getan. Gerade hier in Essen – Armin Laschet hat darauf hingewiesen – hat 1985 die CDU ganz wesentliche Beschlüsse gefasst, auf der einen Seite die Tatsache, dass Familienarbeit Arbeit ist und dass dafür auch staatliche Leistungen notwendig sind, und auf der anderen Seite das Thema der Wahlfreiheit, ein Thema, das die CDU bis in die heutige Zeit beschäftigt. Ich würde sagen, dass wir mit der Diskussion darüber, was Wahlfreiheit bedeutet, weitestgehend durch sind. Wahlfreiheit bedeutet, dass Männer und Frauen in eigener Selbstbestimmung wählen dürfen, wie sie ihr Leben ausrichten, wie sie die Erziehung aufteilen. Aber ich sage eben: Männer und Frauen dürfen das entscheiden. Es ist nicht eine Form der Erfüllung der Wünsche der Männer alleine, auch nicht der Frauen alleine. Wir haben lange darum gerungen, was Wahlfreiheit eigentlich

bedeutet, bis wir gemeinsam zu dem Punkt gekommen sind – hier hat Ursula von der Leyen eine wichtige Rolle gespielt –, dass dafür auch die Rahmenbedingungen da sein müssen. Das hat zu dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz geführt. Liebe Freunde, das waren immer CDU-geführte Regierungen: unter Helmut Kohl der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz und bei Ursula von der Leyen einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz. Das dürfen wir uns nicht nehmen lassen, auch wenn manche Kommune ein bisschen gestöhnt hat.

(Beifall)

Ich glaube, dass der Zusammenhalt immer die größte Stärke unseres Landes war und dass wir das auch für die Zukunft sichern müssen, das Füreinander-da-sein in den Sportvereinen, den Kirchengemeinden, in Sprach- und Integrationskursen, bei der freiwilligen Feuerwehr, in den Karnevalsvereinen, den Jugendverbänden und der Hospizbewegung, als Lesepate oder in der Obdachlosenhilfe. Es ist diese freie Entfaltung – Freiheit in Verantwortung –, das Füreinander-da-sein, das unser Land stark macht. Es sind dieser Zusammenhalt und diese Vielfalt, die uns auszeichnen. Deshalb werden wir uns auch in der nächsten Legislaturperiode fragen müssen: Wie können wir die Bedingungen für das Ehrenamt noch attraktiver machen? Auch da dürfen wir die Hände nicht in den Schoß legen. Junge Menschen sollen sich genauso engagieren, wie das in der Vergangenheit normal war.

(Beifall)

Wenn ich über den Zusammenhalt rede, dann spielen die Kommunen die zentrale Rolle, die Städte und Gemeinden, in denen Leben gelebt wird. Deshalb will ich daran erinnern, dass noch keine Bundesregierung so wie die jetzige dafür Sorge getragen hat, dass Kommunen entlastet werden. Wir werden das auch weiter tun, weil wir wissen: Da entscheidet sich, ob sich Menschen mit ihrem Land verbunden fühlen. Wir wissen um die Sorgen. Herr Oberbürgermeister Kufen hat uns das erzählt. Er hat verschwiegen, welchen Schuldenberg er geerbt hat. Das war sehr vornehm von ihm, aber dieser Berg ist beträchtlich. Er hat uns gesagt: Jedes dritte Kind lebt von Hartz IV. – Das ist eine riesige Herausforderung für die betreffende Kommune. Deshalb sage ich: Es ist richtig, dass Wolfgang Schäuble und wir gemeinsam entschieden haben, finanzschwachen Kommunen besonders zu helfen. Das kann nicht einfach nach dem Königsteiner Schlüssel gehen. Es ist richtig, hier auf die fi-

nanzschwachen Kommunen einen besonderen Schwerpunkt zu legen.

(Beifall)

Liebe Freunde, die dritte Konstante unseres politischen Handelns ist: Wir wollen auch in Zukunft, dass Regeln beachtet werden, dass Sicherheit und Ordnung, Recht und Gesetz die Grundlage unseres Zusammenlebens sind und bleiben. Das gilt für alle Deutschen, für alle, die hier schon immer gelebt haben, genauso für alle, die neu hinzugekommen sind. Hier bei uns in Deutschland gelten die Gesetze unseres Landes, und zwar für jeden und jede in gleicher Art und Weise, ausnahmslos.

(Beifall)

Deshalb haben wir ein Integrationsgesetz verabschiedet und die Zahl der Integrationskurse massiv erhöht und dabei den Anteil der Wertevermittlung in diesen Kursen, weil wir wissen: Menschenwürde, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Religionsfreiheit und Meinungsfreiheit stehen nicht zur Disposition. Sie sind das Konstitutiv, sie sind die Grundlage unseres Zusammenlebens in Deutschland.

(Beifall)

Deshalb heißt es in unserem Antrag ganz deutlich: Wir wollen keine Parallelgesellschaften. Wo es sie gibt, müssen wir dagegen angehen. Unser Recht hat Vorrang vor Ehrenkodex, Stammes- und Familienregeln und vor der Scharia. Das muss ganz deutlich ausgesprochen werden.

(Beifall)

Das heißt auch, dass wir in der zwischenmenschlichen Kommunikation, die bei uns eine tragende Rolle spielt, Gesicht zeigen. Deshalb ist die Vollverschleierung bei uns nicht angebracht. Sie sollte verboten sein, wo immer es rechtlich möglich ist. Sie gehört nicht zu uns.

(Starker Beifall)

Liebe Freunde, aber zur Wahrheit gehört auch: Manchmal hat man den Eindruck, dass einige, die hier schon immer in Deutschland leben, dringend einen Integrationskurs nötig hätten.

(Beifall)

Was ist eigentlich aus unserem Verständnis geworden, dass wir miteinander respektvoll umgehen? Da wird im Internet gehetzt, was das Zeug hält. Da gibt es keinen Respekt vor Lehrern, Verwaltungsmitarbeitern, vor Polizisten oder vor Feuerwehrleuten. Da fallen verbal alle Hemmungen, wie ich es mir in diesem Ausmaß niemals habe vorstellen können. Da sage ich, da sagen wir: So nicht!

(Starker Beifall)

Das geht uns alle an. Hier ist jeder gefordert, seinen Beitrag zu einer Debattenkultur zu leisten, die diesen Namen auch verdient. Dann gibt es Fälle, um die sich der Staat kümmern muss. Da ist dann der Staatsanwalt zuständig, auch im Internet. Das Internet ist kein rechtsfreier Raum, liebe Freunde.

(Beifall)

Eines möchte ich auch noch einmal in aller Klarheit festhalten: Wer das Volk ist, das bestimmt bei uns noch immer das ganze Volk, das bestimmen wir alle, nicht ein paar wenige, und mögen sie auch noch so laut sein. Das bestimmen wir alle.

(Langanhaltender starker Beifall)

Liebe Freunde, wenn wir gut zusammenleben wollen, dann müssen sich die Menschen darauf verlassen können, dass der Staat für die Einhaltung der Regeln, von Recht und Gesetz und für Sicherheit sorgt. Das heißt natürlich, wir brauchen ausreichend Personal für die Sicherheitsbehörden. Da haben wir riesige Fortschritte gemacht. Gerade auf der Ebene des Bundes werden Tausende und Abertausende neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt. Aber, liebe Freunde, dazu gehört auch – Thomas de Maizière weiß, wovon ich

spreche –, dass wir nicht nur mehr Menschen haben, sondern dass die, die für die Sicherheit den Kopf hinhalten, auch vernünftig ausgerüstet sind und vernünftige rechtliche Grundlagen haben. Sie müssen mit den neuesten technischen Möglichkeiten arbeiten können.

(Vereinzelt Beifall)

Da reicht es nicht, dass die Sozialdemokraten mehr Personal fordern, aber jede technische Maßnahme, die neu gemacht wird, wieder verzögern und verlangsamen. Das geht nicht an.

(Beifall)

Wenn es den Sozialdemokraten so wichtig ist, für die Sicherheit einzutreten, dann müssen sie sich in ihren rot-grünen Landesregierungen durchsetzen, so dass die notwendigen Beschlüsse im Bundesrat gefasst werden können, liebe Freunde. Alles andere ist sonst nicht rechtens.

(Beifall)

Die Razzien, die Zugriffe und die Einsätze in den vergangenen Wochen zeigen, dass unser Staat wehrhaft ist, dass Polizei und Nachrichtendienste wachsam sind, dass sie hart gegen alle vorgehen, die unsere Freiheit verachten. Dafür sind wir dankbar. Ich möchte allen Menschen, die im Sicherheitsbereich arbeiten – egal, ob in den Nachrichtendiensten oder als Polizisten vor Ort, auf der Straße oder im Büro –, ein herzliches Dankeschön sagen, dass sie dies für uns alle tun. Freiheitliches Leben ohne Sicherheit ist nicht möglich. Deshalb ist das von entscheidender Bedeutung.

(Beifall)

In diesen Dank schließe ich auch die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr ein, die für uns oft in fernen Ländern für unsere Sicherheit sorgen. Auch ihnen ein herzliches Dankeschön für die Arbeit!

(Beifall)

Zur Einhaltung von Recht und Gesetz gehört auch etwas, was wir in diesen Tagen ganz besonders diskutieren. Auf der einen Seite haben wir die Menschen, die vor Krieg und Verfolgung geflohen und zu uns gekommen sind, die nach einem rechtsstaatlichen Verfahren im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, oft auch nach einem gerichtlichen Verfahren, ein Bleiberecht – ein temporäres oder ein dauerhaftes – bei uns bekommen. Auf der anderen Seite haben wir in etwa 35 Prozent der Fälle Menschen, die nach einem rechtsstaatlichen Verfahren kein Bleiberecht bei uns haben. Wenn Recht und Gesetz die Grundlage unseres Handelns sind und wenn wir wissen, dass diese Verfahren bei uns sehr sorgfältig durchgeführt werden, dass man Einspruchsmöglichkeiten hat, dann gehört es zur Einhaltung von Recht und Gesetz, dass wir diesen Menschen sagen, dass sie unser Land wieder verlassen müssen. Nur so werden wir die Kraft haben, anderen zu helfen. Auch das gehört zur Wahrheit dazu.

(Beifall)

Liebe Freunde, das ist für viele auch sehr wichtig: Zur Einhaltung von Recht und Gesetz gehört, dass wir die Regelungen, die wir in Europa verabschiedet haben, ernst nehmen. Wir haben nach der Krise des Euro monatelang hart daran gearbeitet, einen Stabilitäts- und Wachstumspakt zu entwickeln. Ich finde, es ist an manchen Stellen nahezu fahrlässig mit dieser Erfahrung im Rücken, mit dem Wissen, dass unsere gemeinsame Währung – eine Währung, die auch für das Friedensprojekt Europa steht – gefährdet war und welche Lehren wir daraus gezogen haben, nach drei, vier, fünf Jahren all das wieder zu vergessen. Eine zweite Euro-Krise dürfen wir nicht haben. Deshalb müssen wir uns in Europa an die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes halten. Davon bin ich zutiefst überzeugt.

(Beifall)

Nach dem Votum der Bürgerinnen und Bürger in Großbritannien hat die Europäische Union die Aufgabe, sich darüber klar zu werden – damit haben die 27 Mitgliedstaaten in Bratislava begonnen: Worauf wollen wir uns konzentrieren? Was sind die zentralen Aufgaben der Europäischen Union? Ich glaube, es ist richtig zu sagen: Lassen wir uns konzentrieren auf die innere und äußere Sicherheit. Man kann einen gemeinsamen Binnenmarkt nur dann haben, wenn man auch einen Raum der Sicherheit hat. Dazu gehört der Schutz der

Außengrenzen. Hier haben wir lernen müssen. Wir haben uns jahrelang dagegen gesträubt, dass das eine europäische Kompetenz ist. Wir haben gesagt: Wir liegen so schön im Zentrum Europas. Warum sollen wir irgendwelche polizeilichen Zuständigkeiten abgeben? Es ist richtig und gut, dass wir jetzt eine wirklich europäische Grenzschutzbehörde haben. Ich danke allen, die für schnelle Beratungen gesorgt haben: Günther Oettinger, Manfred Weber und seinen Kollegen im Europäischen Parlament.

(Beifall)

Es ist richtig und wichtig, dass wir uns um die Arbeitsplätze kümmern, um die Wettbewerbsfähigkeit, um die Wettbewerbssituation gerade in Zeiten der Digitalisierung. Wenn sich Europa auf diese Dinge konzentriert und sich nicht unentwegt neue Ziele setzt, die anschließend nicht erreicht werden können, und nicht unentwegt Beratungen über Telekommunikationspakete hat – da mache ich nicht dem Europäischen Parlament einen Vorwurf, sondern den Mitgliedstaaten, die mit vielen Koalitionsregierungen über Jahre Dinge verschleppen –, wenn es schneller wird und den Menschen sagt, wofür das, was wir in Europa tun, richtig ist, dann werden die Bürgerinnen und Bürger wieder mehr an Europa glauben.

(Beifall)

Liebe Freunde, es sind diese drei Konstanten: erstens eine Politik für eine starke Wirtschaft und sichere Arbeitsplätze, zweitens eine Politik für den starken Zusammenhalt in einem weltoffenen und toleranten Deutschland und drittens eine Politik für Recht und Gesetz im inneren und äußeren Sicherheitsbereich. Das ist die Politik, die wir für unser Land machen, weil wir wollen, dass Deutschland auch zukünftig ein Land ist, in dem die Menschen sichere und fair bezahlte Arbeit haben, mit international erfolgreichen Unternehmen, mit einem starken Mittelstand, mit engagierten Familienunternehmen, ein Land, das stolz darauf ist, die Marke „Made in Germany“ zu haben, ein Land, das jedem die Chance gibt, aus seinem Leben das Beste zu machen, ein Land, das den Menschen das Gefühl gibt, dass es gerecht zugeht, mit guten Kindergärten und Schulen, Ausbildungsplätzen und Universitäten. Wir wollen, dass Deutschland ein Land ist, in dem sich Leistung lohnt, das schwachen Menschen in Not hilft, das den Menschen die beste medizinische Versorgung geben kann und in dem auch ein gutes Leben im Alter möglich ist. Wir wollen, dass Deutschland auch künf-

tig ein Land ist, in dem der Staat konsequent gegen Gewalt, Kriminalität, Extremismus und Terror vorgeht, ein Land, das denen Schutz bietet, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, und gleichzeitig dafür Sorge trägt, dass diejenigen, die nicht schutzbedürftig sind, in ihre Heimat zurückkehren, ein Land, das Verantwortung im internationalen Kampf gegen Armut, Hunger, Krankheiten und Klimawandel übernimmt. Das ist unser Auftrag, und das ist auch Politik für die Menschen. Die machen wir mit unseren Werten für die Zukunft. Wir haben gezeigt, dass wir es können. Eine entscheidende Grundlage für diesen Erfolg ist die Zusammenarbeit von Partei, Fraktion und Regierung. Ich möchte meinen Stellvertretern danken: Volker Bouffier, Julia Klöckner, Armin Laschet, Ursula von der Leyen und Thomas Strobl. Alle fünf stehen für die Spannbreite unserer Volkspartei der Mitte. Ihnen allen bin ich zu großem Dank verpflichtet. Herzlichen Dank für die Zusammenarbeit!

(Beifall)

Ein herzliches Dankeschön an unseren Generalsekretär Peter Tauber, an unseren Bundesgeschäftsführer Klaus Schüler und das ganze Team im Konrad-Adenauer-Haus. Ohne sie könnten wir unsere Arbeit so nicht leisten.

(Beifall)

Ein großer Dank an Volker Kauder und dich, liebe Gerda Hasselfeldt. Wir haben, glaube ich, eine der größten Bundestagsfraktionen. Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen. Aber das alles zusammenzuhalten – da spüren Sie, was Volkspartei bedeutet. Danke schön, lieber Volker Kauder, danke schön, liebe Gerda Hasselfeldt!

(Beifall)

Ich danke dir, lieber Peter Altmaier. Du hast einen Job, der nicht immer vergnügungssteu-
erpflichtig ist. Wenn nichts gesagt wird, ist es am besten. Aber es wird auch oft gemeckert,
und du kriegst es dann ab. Manchmal bin auch ich gemeint, aber egal.

(Heiterkeit)

Danke für deine Arbeit.

(Beifall)

Liebe Freunde, vor allem geht es um unser Land. Da liegen erst einmal die Landtagswahlkämpfe vor uns. Armin Laschet hat uns heute eindrücklich gezeigt, wo Nordrhein-Westfalen mit einer rot-grünen Landesregierung steht. Es ist dringend Zeit für den Wechsel. Es wird dringend Zeit, dass du, lieber Armin Laschet, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen wirst. Wir wollen euch dabei unterstützen, jeder Einzelne hier im Saal und ich ganz besonders.

(Beifall)

Das gilt auch für Schleswig-Holstein. Wo sitzen sie?

(Zurufe: Hier! Hier!)

Lieber Daniel Günther, ihr in Schleswig-Holstein habt unsere ganze Unterstützung. Dem hohen Norden tut ein Wechsel gut. Alles Gute für die Landtagswahl! Voller Einsatz!

(Beifall)

Vorher steht noch die Landtagswahl im Saarland an. Liebe Annegret Kramp-Karrenbauer, du hast in den letzten Jahren eindrucksvoll bewiesen, dass du das Saarland voranbringst, dass du nicht einfach abwartest, sondern die Zeiten richtig einschätzt und die Weichen für das Saarland unter nicht einfachen Bedingungen richtig stellst. Liebe Annegret Kramp-Karrenbauer, wir werden alles tun, damit du mit einem starken Ergebnis Ministerpräsidentin des Saarlandes bleiben kannst.

(Beifall)

Aber nächstes Jahr steht auch die Bundestagswahl auf der Tagesordnung. 2017 können wir einmal mehr zeigen, was uns leitet. Uns leitet die Liebe zu unserem Land. Für uns sind Einheit und Recht und Freiheit nicht einfach Worte, sondern sie sind unser Leitmotiv. Wenn ich an unser Land denke, an unser Deutschland, dann ist das Ansporn für meine Ar-

beit. Wenn ich an seine Menschen denke, an unsere Landschaften, an unsere Kultur, unsere exzellenten Wissenschaften, Universitäten, Forschungseinrichtungen, unser Bildungssystem, um das uns so viele in der Welt beneiden, unsere Handwerker und Mittelständler, die jungen Leuten etwas beibringen, die den jungen Menschen Chancen eröffnen, wenn ich an unseren Sport denke, die vollen Stadien, die Begeisterung und den Ehrgeiz der Jugendmannschaften, die Millionen Menschen, die sich ehrenamtlich für andere einsetzen, die das Füreinander gegen das Gegeneinander setzen und die den Zusammenhalt unseres Landes ausmachen, wenn ich an all das denke, dann weiß ich, welch ein Glück es ist, in diesem Land leben zu dürfen. Das ist ein Glück, das wir gar nicht hoch genug schätzen können.

(Beifall)

Das ist ein Glück, das uns verpflichtet, alles zu geben, was in uns steckt, für dieses Land, für Deutschland. Wenn ich mich hier im Saal umschaue, wenn ich an unsere Landesverbände denke, an die Kreis- und Ortsverbände, an unsere Vereinigungen, dann spüre ich die Bereitschaft jedes Einzelnen, sich in den Dienst unseres Landes, unserer Heimat zu stellen. Liebe Freundinnen und Freunde, das gilt auch für mich. Ich habe es bei meiner ersten Kanzlerkandidatur am 30. Mai 2005 gesagt. Wir wollen Deutschland dienen. Ich will Deutschland dienen.

(Beifall)

Daran habe ich mich seither nach bestem Wissen und Gewissen versucht zu orientieren, und das leitet mich auch heute. Machen wir uns nichts vor: Die Bundestagswahl 2017 wird so schwierig wie keine Wahl zuvor, jedenfalls nicht seit der Deutschen Einheit. Sie wird wahrlich kein Zuckerschlecken, mit einer starken Polarisierung unserer Gesellschaft, mit Anfechtungen von allen Seiten, von rechts wie nie zuvor und Anfechtungen von links, mit der Möglichkeit einer rot-rot-grünen Bundesregierung, sofern es dafür einigermaßen rechnerisch reicht. Wir haben die Aufgabe, so stark zu sein, dass das verhindert wird, dass es nicht zu Rot-Rot-Grün kommt. Wir müssen integrieren von rechts.

(Beifall)

Wir haben es auch europäisch und international mit Anfechtungen zu tun oder – ganz einfach gesagt – mit Anfechtungen gegen unsere Art zu leben. In dieser Situation habe ich viel, sehr lange und sehr intensiv darüber nachgedacht, ob ich auch bei der Bundestagswahl 2017 für das Amt der Bundeskanzlerin kandidiere. Dieser Anspruch ist nach meinem politischen Verständnis untrennbar mit dem Amt der oder des Vorsitzenden der CDU Deutschlands verbunden. Nach elf Amtsjahren und sechzehneinhalb Jahren Parteivorsitz – man kann es kaum glauben – ist eine solche Entscheidung alles andere als trivial, weder für das Land noch für die Partei noch – auch das darf ich sagen – für mich persönlich. Genau hier in Essen, in dieser Halle haben Sie mich im Jahr 2000 das erste Mal zu Ihrer Parteivorsitzenden gewählt. Hier in Essen habe ich den Delegierten in meiner Rede erzählt, wie ich 1989/90 aus der Wissenschaft in die Politik gegangen bin. Ich habe Ihnen erzählt, wie ich damals zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus der Akademie der Wissenschaften losgezogen bin, dass ich zuerst bei der SPD Halt gemacht habe, dass es mich dort aber nicht lange hielt.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich bin schließlich beim Demokratischen Aufbruch gelandet. Der Name war Programm. Es war eine unglaubliche Zeit mit unglaublicher Neugier auf Neues. Ich habe Ihnen in Essen erzählt, dass ich einem Freund 1989 in ein Buch geschrieben hatte: Geh ins Offene! – Liebe Freunde, welch eine Aussicht: Geh ins Offene! Das Offene ist die Freiheit. Die Demokratie und die Freiheit sind ein Gut, das man gar nicht hoch genug schätzen kann. Daran hat sich für mich nichts geändert. Wer wie ich in der DDR gelebt hat, weiß, dass Politik gegen die Freiheit eine Politik gegen die Natur des Menschen ist, der weiß, dass eine solche Politik gegen die Freiheit Frevel ist.

(Beifall)

Als ich jetzt in diesen Wochen und Monaten so intensiv über meine Entscheidung zu einer vierten Kanzlerkandidatur nachgedacht habe, haben viele zu mir gesagt: Du musst, du musst, du musst antreten. – Das hat mich sehr berührt. Das Gegenteil wäre auch nicht schön gewesen.

(Heiterkeit)

Wenn das aber so ist, dann ergänze ich – und zwar gerade in Zeiten wie diesen: Ihr müsst, ihr müsst, ihr müsst mir helfen.

(Anhaltender Beifall)

Kein Mensch allein – auch nicht mit größter Erfahrung – kann die Dinge in Deutschland, in Europa und in der Welt mehr oder weniger zum Guten wenden, schon gar nicht ein Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Lassen wir uns das auch gar nicht erst einreden! Das wäre grotesk, absurd, von vornherein zum Scheitern verurteilt. So funktioniert das nicht. Nein, es geht nur gemeinsam, Hand in Hand mit jedem und jeder aus der Christlich Demokratischen Union.

(Beifall)

Ich will und werde alles einbringen, was ich kann, alles, was in mir steckt, alles, was mir wichtig ist, alles, was mich antreibt. Das heißt nichts anderes als: Ich will immer noch und immer weiter ins Offene gehen, so wie ich es Euch und Ihnen bei meiner ersten Wahl zur Parteivorsitzenden vor über sechzehn Jahren erzählt habe. In den letzten sechzehn Jahren haben wir viel erreicht. Aber wir haben miteinander auch so manches Tal durchschreiten müssen. Gerade unsere Wahlkämpfer aus den Landtagswahlen im März und September dieses Jahres können ein Lied davon singen. Ich habe euch auch einiges zugemutet, weil uns die Zeiten insgesamt einiges zugemutet haben; das weiß ich sehr wohl. Ich kann nicht versprechen, dass die Zumutungen in Zukunft weniger werden; denn wir müssen tun, was die Zeiten von uns fordern. Aber eines kann ich versprechen – davon bin ich zutiefst überzeugt; im Jahr 2000 war ich es genauso wie heute; deshalb will ich es mit meinen Worten von damals sagen: Unsere Zukunft hängt einzig und allein von unserer eigenen Stärke ab. Die haben wir selbst in der Hand. Wir haben es selbst in der Hand, wenn wir Neugier mitbringen, Neugier auf Entwicklungen – gesellschaftliche wie technologische – hier bei uns in Deutschland, in Europa oder sonst wo auf der Welt, wenn wir Freude daran haben, neue Antworten auf neue Fragen zu geben. Wir haben es selbst in der Hand, wenn wir nicht mitmachen beim sprachlichen Überbietungs- und Eskalierungswettbewerb, und zwar auch in hitzigen Debatten nicht. Ich werde nicht über jedes Stöckchen springen, das uns im Wahlkampf hingehalten wird.

(Beifall)

Wir haben es in der Hand, wenn wir uns nicht einreden lassen, dass es auf Fakten nicht mehr ankommt.

(Vereinzelt Beifall)

Es kommt auf sie an, sofern wir verantwortungsvoll handeln wollen; denn die Welt ist nicht schwarz-weiß. Wir haben es selbst in der Hand, wenn wir auch in Zukunft skeptisch gegenüber vermeintlich ganz einfachen Antworten bleiben. Es sind sehr selten die ganz einfachen Antworten, die unser Land voranbringen.

(Beifall)

Wir haben es in der Hand, wenn wir auf die Bereitschaft und die Fähigkeit setzen, für Kompromisse zu arbeiten, auf die Fähigkeit, das Wichtige vom Unwichtigen zu trennen, auf verantwortungsvolle Politik, die immer ein Ausgleich von Interessen ist. Immer geht es um Fort-Schritte, also um Vorankommen, Schritt für Schritt. Wir haben es selbst in der Hand, wenn wir mit einem solchen Politikverständnis auch unseren Wahlkampf führen. Wir haben es selbst in der Hand, wenn CDU und CSU geschlossen sind und selbstbewusst damit leben, dass es auch einmal unterschiedliche Auffassungen gibt und diese auch unterschiedliche Auffassungen bleiben.

(Vereinzelt Beifall)

Aber CDU und CSU geschlossen und gemeinsam!

(Beifall)

CDU und CSU haben es noch immer vermocht oder geschafft, das Beste für unser Land zu tun, wenn es darauf ankam. Das haben wir auch in der Flüchtlingspolitik gezeigt, liebe Freunde. Wir wissen, dass CDU und CSU so viel mehr verbindet, als uns trennen kann. Wir wissen, dass CDU und CSU die Erfolgsgeschichte Deutschlands sind.

(Beifall)

Wenn wir all das in die Waagschale werfen, wenn wir mit Neugier in die Zukunft schauen, wenn wir verändern, was uns belastet, und bewahren, was uns stark macht, wenn wir – mit einem Wort – auf der Grundlage unserer Werte für die Zukunft handeln, dann werden wir einmal mehr die Weichen richtig stellen, und zwar für unser Land und für die Menschen in unserem Land. Es bleibt dabei: Unsere Zukunft hängt einzig und allein von unserer eigenen Stärke ab, und das haben wir selbst in der Hand. Wir, CDU und CSU, sind die treibende Kraft in Deutschland. Wir wollen auch in Zukunft die treibende Kraft in Deutschland sein.

(Vereinzelt Beifall)

Unser Herz schlägt für Deutschland und Europa. Dafür heißt es zu arbeiten, und dafür heißt es, die Menschen zu begeistern, möglichst jeden Einzelnen und jede Einzelne. Dafür trete ich ein, und dafür bitte ich Sie um Ihr Vertrauen.

(Langanhaltender starker Beifall –
die Delegierten erheben sich)